

Auf der Suche nach Harmonie

Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas

Auf dem 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) konnte Generalsekretär Hu Jintao seine Position festigen und geht damit gestärkt in eine zweite fünfjährige Amtsperiode. Der von ihm in der Vergangenheit betriebene Politikwechsel hin zu einem stärkeren sozialen Ausgleich und einer nachhaltigen Entwicklung wurde auf dem Parteitag bestätigt. Ambivalente Signale gab es jedoch im Hinblick auf mögliche politische Reformen.

Mehr als 80 Jahre nach ihrer Gründung fand vom 15. bis 21. Oktober 2007 der 17. Parteitag der KPCh statt – vor einer gänzlich anderen Kulisse als damals im September 1921. 2.217 Delegierte hatten sich in der monumentalen Großen Halle des Volkes am Platz des Himmlischen Friedens in Peking eingefunden – immer in Sichtweite jenes Mausoleums, in dem der "Große Steuermann" Mao Zedong seit nun fast 30 Jahren aufgebahrt liegt.

Auch die Agenda des Parteitages war heute eine ganz andere als damals: Seinerzeit hatte man feierlich den Sturz der Kapitalisten beschworen. Heute können diese Mitglieder der Partei werden. China selbst hat in den vergangenen drei Jahrzehnten einen Reform- und Öffnungsprozess durchlaufen, der Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändert hat und auch die Kommunistische Partei nicht unberührt gelassen hat. Jetzt ist dieser Prozess an einem kritischen Punkt angelangt. Die soziale Ungleichheit im Lande nimmt immer dramatischere

Formen an. Zuweilen ist sogar von einer "Lateinamerikanisierung" Chinas die Rede.¹ Eine massive Umweltzerstörung droht die Früchte des Aufstiegs wieder zunichte zu machen. Gleichzeitig gefährdet der gesellschaftliche Wandel die ideologische Basis der Partei. Keine leichte Aufgabe also für die politische Führung um Generalsekretär Hu Jintao. Der nur alle fünf Jahre stattfindende Parteitag der KPCh, das Großereignis der chinesischen Politik, wurde deshalb mit Spannung erwartet.

Die Bedeutung des Parteitages

Es sind zwei Faktoren, die die Bedeutung eines Parteitages in China ausmachen: Erstens ist er die höchste ideologische Instanz. Die von ihm ausgesprochenen Politikempfehlungen stellen die maßgebliche Linie dar, an der sich die Partei - und damit auch die Regierung - zu orientieren haben.² Die inhaltliche Fundamentierung wird dabei im so genannten "Politischen Bericht" (auch Rechenschaftsbericht genannt) vorgenommen. Er wird am ersten Tag des Parteitages vom Generalsekretär vorgetragen. Zusätzlich können auf Parteitagen aber auch Änderungen am Statut vorgenommen und auf diese Weise neue politische Konzepte in den Theorienkanon aufgenommen werden.

¹ George J. Gilboy and Eric Heginbotham: "The Latin Americanization of China?" In: Current History, September 2004, S. 256 - 261.

² Umgekehrt nutzt die Parteiführung den Kongress, um ihren Grundsatzentscheidungen eine autoritative Bekräftigung zu verleihen.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

Die zweite wichtige Bedeutung eines Parteitages erwächst daraus, dass hier alle wichtigen Entscheidungen im Hinblick auf das Führungspersonal der nächsten Jahre getroffen werden.³ Auf den letzten Parteitagen wurde fast immer die Hälfte der Spitzenkader ausgetauscht. Es sind dies die Mitglieder des 200-köpfigen Zentralkomitees (ZK). Dieses steht der Partei bis zum jeweils nächsten Konvent vor. Am ersten Tag nach Abschluss des Parteitags tritt das neue ZK zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Erster Punkt der Tagesordnung: Es wählt aus seiner Mitte die neue Führung: das Politbüro, dessen Ständigen Ausschuss und den Generalsekretär.⁴

Die Vorbereitungen zum 17. Parteitag der KPCh nahmen ihren Anfang unmittelbar nach dem sechsten Plenum des 16. Zentralkomitees im Oktober 2006. Das seitdem aktive Organisationskomitee kümmerte sich fortan insbesondere um drei Dinge: um die (Aus-)Wahl der 2000 Delegierten, um den Entwurf des "Politischen Berichts" sowie um die Nominierung der Mitglieder des nächsten Zentralkomitees.⁵ Während man über die beiden letzten Punkte bis zum Parteitag Stillschweigen bewahrte, wurde am 2. August 2007 bereits das Ergebnis des Auswahlverfahrens der Delegierten bekannt gegeben. Am 28. August war dann in der Presse der Termin des Beginns des Parteitags zu lesen. Anschließend trat am 9. Oktober das 16. Zentralkomitee zu seiner letzten Sitzung zusammen, in der die Führung offiziell mit der Eröffnung des 17. Parteitages am 15. Oktober betraut wurde.

Wie immer galt das Hauptaugenmerk während der Vorbereitungen der Abfassung des "Politischen Berichts". Dieser ist alles andere als der persönliche Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs.⁶ Er ist vielmehr das

Ergebnis eines extensiven Konsultationsprozesses, der vermutlich schon im Oktober 2006 begann und erst kurz vor dem Parteitag endete. Zentrale Aussagen des Berichts wurden bereits in einer politischen Grundsatzrede Rede sichtbar, die Hu Jintao, dem Beispiel seines Vorgängers Jiang Zeming folgend, am 25. Juni in der Parteihochschule hielt und die dementsprechend auch ausführlich in den chinesischen Medien kommentiert wurden. Sie war wohl auch als Versuchsballon gedacht, um erste Reaktionen im Publikum zu testen. Insofern war der Bericht, der am 15. Oktober bei der Eröffnung des Parteitages von Hu Jintao verlesen wurde, ein sorgfältig austarierter Kompromiss über die Grundlinien der chinesischen Politik. Der überwiegenden Mehrheit der Delegierten des Parteitages dürfte er, zumindest in großen Teilen, vertraut gewesen sein.⁷

Debatten im Vorfeld des Parteitages

Je mehr im Vorfeld eines Parteitages um Positionen gerungen wird, umso größer die Wahrscheinlichkeit, dass solche Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei auch in die Presse gelangen. So geschehen auch im Vorfeld des 17. Parteitages. In Namensartikeln oder durch offene Briefe versuchten sie Einfluss auf den "Politischen Bericht" zu nehmen. Umgekehrt war die Parteispitze bemüht, sich fortschrittlich zu präsentieren, indem sie die Debatten nicht von vorneherein abwürgte.⁸

Den Anfang machte der ehemalige Vizepräsident der renommierten Pekinger Renmin-Universität, Xie Tao. In einem Artikel in der progressiven Zeitschrift "Yanhuang Chunqiu" sprach er sich für einen "Demokratischen Sozialismus" aus und verwies dabei auf skandinavische Modelle des Sozialstaats. Der Beitrag rief umgehend scharfe Kritik aus konservativen Krei-

³ So wurde bspw. auf dem letzten Parteitag in 2002 der Führungswechsel von Jiang Zemin auf Hu Jintao vollzogen.

⁴ Lyman Miller: "The Road to the 17th Party Congress", in: *China Leadership Monitor* 18, 1/2006, S. 2.

⁵ Vgl. hierzu auch den Politischen Kurzbericht des Stiftungsbüros von Thilo Diefenbach: "Auf dem Weg zum 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas", Peking, 10. Mai 2007.

⁶ So war es bedauerlicherweise wiederholt von

den Medien dargestellt worden.

⁷ Zum Entstehungsprozess des "Politischen Berichts" vgl. Alice Miller: "China Prepares to Convene the 17th Party Congress", in: *China Leadership Monitor* 22 (3/2007), S. 4ff; Lyman Miller: "The Road to the 17th Party Congress", in: *China Leadership Monitor* 18 (1/2006), S. 4f.

⁸ "Party paper urges political reform", in: *South China Morning Post*, 12.9.2007, A12.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

sen hervor.⁹ In derselben Zeitschrift erschien dann im Juli eine weitere viel beachtete Veröffentlichung, in der die Autoren der Parteiführung vorwarfen, den politischen Reformprozess stagnieren zu lassen. Dadurch würde langfristig die Stabilität des Landes bedroht. Auch die grassierende Korruption sei eine Folge der verschleppten politischen Reformen.¹⁰ Reformüberlegungen wurden auch aus den Reihen der Parteihochschule, der wichtigsten Kaderschmiede und gleichzeitig führender Think Tank der KPCh, vorgebracht. So forderten im September in der Wochenzeitung der Parteihochschule, der "Study Times", gleich mehrere Wissenschaftler politische Reformen. Im Zuge der marktwirtschaftlichen Reform- und Öffnungspolitik, so der Tenor, entstehe im Land eine immer pluralistischere Gesellschaft. Die Politik müsse sich an diese neue gesellschaftliche Entwicklung anpassen und demokratischer werden. Dabei wurde allerdings die konkrete Ausgestaltung der dazu notwendigen Anpassungsschritte offen gelassen.¹¹ Andere gedankliche Anstöße aus der Parteihochschule wie z. B. das Konzept der "Konsultativen Demokratie" oder die Idee einer "Mehrparteien-Kooperation" blieben ebenfalls vage. Allesamt zielen sie darauf ab, partizipative Elemente im politischen System Chinas zu stärken.¹² Noch deutlicher wurde Wang Guixiu, ebenfalls Professor der Parteihochschule, in einem Interview mit der Hongkonger Zeitung "Ta Kung Pao". Darin kritisierte er die leninistische Verschränkung von Partei und Regierung. Beide Bereiche müssten künftig voneinander getrennt werden, ebenso wie Justiz und Gesetzgebung.¹³ Unmittelbar vor dem Parteitag wurde des Weiteren in der Hongkonger Presse bekannt, dass 12.000 Menschen eine Petition unterzeichnet hatten, in der sie

demokratische Reformen und grundlegende Freiheitsrechte von der Pekinger Führung forderten. In den staatlichen Medien auf dem Festland wurde – wie nicht anders zu erwarten – hierüber nicht berichtet.¹⁴

Im Vorfeld des Parteitages wurden allerdings nicht nur progressive Stimmen laut. Auch orthodoxe marxistische Gruppierungen, zumeist verdiente Kader im Ruhestand, machten durch verstärktes Lobbying auf sich aufmerksam. Kritik wurde dabei insbesondere an der Theorie der "Drei Vertretungen" des früheren Parteichefs Jiang Zemin geübt.¹⁵ Bereits im Mai hatte ein ehemals leitender Mitarbeiter der Nationalen Kommission für Entwicklung und Reform ein 81-seitiges Pamphlet veröffentlicht. Darin heißt es u.a., die KPCh solle sich wieder mehr auf ihre marxistischen Wurzeln besinnen und all jene Mitglieder aus der Partei ausstoßen, die diese Ideale nicht teilen.

In einem ähnlichen Tenor war ein vom ehemaligen Leiter des staatlichen Statistikbüros, Li Chengrui, im September verfasster offener Brief abgefasst, der innerhalb kurzer Zeit von weiteren 170 Kadern – die meisten davon im Ruhestand – unterzeichnet wurde. In ungewöhnlich scharfer Form kam es darin zu einer Kritik an den marktwirtschaftlichen Reformen und insbesondere einmal mehr an der Theorie der "Drei Vertretungen", die als Verrat an der marxistischen Lehre verurteilt wurden. Wenn die Partei diesen Weg weiter verfolge, so Li's düstere Prognose, werde sie das gleiche Schicksal erleiden wie die Kommunistische Partei in der ehemaligen Sowjetunion. Den "Kapitalisten" müsse nicht nur die Parteimitgliedschaft entzogen werden, sie soll-

⁹ Choi Chi-yuk: "Party hints European socialism will not influence reform agenda", in: *South China Morning Post*, 26.9.2007, S. A6.

¹⁰ Ting Shi: "Liberals slam slow pace of political reform", in: *South China Morning Post*, 16.7.2007, S. A4.

¹¹ Ting Shi: "Party paper urges political reform", in: *South China Morning Post*, 12.9.2007, S. A3.

¹² Ting Shi: "Party wants faster path to reform, says report", in: *South China Morning Post*, 8.8.2007, S. A6.

¹³ Joseph E. Lin: "Central Party School Scholar Discusses Limited Party-Government Separation", in: *China Brief* Vol. 7, Issue 17 (19.9.2007), S.1f.

¹⁴ Minnie Chan: "12.000 petitioners send letter urging democratic reform", in: *South China Morning Post*, 10.10.2002, S. A10.

¹⁵ Die Theorie der "Drei Vertretungen" (sange daibiao) war auf dem vorigen Parteitag in 2002 in das Parteistatut aufgenommen worden. Demnach solle die Partei nicht mehr nur die Interessen der "Arbeiter, Bauern und Soldaten", sondern auch der "fortschrittlichen Produktivkräfte" vertreten. Dies gestattete erstmals den Beitritt von Unternehmern in die Kommunistische Partei.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

ten auch bereits vom kommenden Parteitag ausgeschlossen werden.¹⁶

Eine Partei im Wandel

Die Tiraden der Altmarxisten ebenso wie die Forderungen der Reformer sind unterschiedliche Reaktionen auf ein zentrales Problem der KPCh: Der gesellschaftliche Wandel erfasst in zunehmendem Maße auch die Partei. Zwar sind in den letzten 5 Jahren 13,16 Millionen Kader der KPCh neu beigetreten, womit die Mitgliederzahl mit 73 Millionen einen neuen Höchststand erreicht hat. Aber eine Vielzahl der neuen Parteimitglieder hat sich dabei offensichtlich von Karrieregründen leiten lassen und fühlt sich der sozialistischen Ideologie kaum noch verbunden. Seit der Öffnung der Partei für Privatunternehmer hat sich deren Zahl verdoppelt (heute 134.000). Die traditionelle Basis der Partei, die Arbeiter, Bauern und Soldaten, machen inzwischen weniger als die Hälfte der Parteimitglieder aus.¹⁷ Marxistische Kritiker befürchten deshalb, der Partei drohe aufgrund ihrer zunehmend universalen Mitgliedschaft der Verlust ihres ursprünglichen Charakters. Tatsache ist, dass die KPCh mit der Öffnung hin zu den Privatunternehmern einen Spagat zwischen den Interessen der beiden ehemaligen Klassenfeinde zu bewältigen hat. Auf diese Weise werden soziale Gegensätze in die Partei hineingetragen und drohen, diese zu lähmen, im Extremfall sogar zu spalten.

Mehr innerparteiliche Demokratie

Hu's Antwort darauf war bislang die „innerparteiliche Demokratie“. Gemeint sind damit verstärkte Anstrengungen im Hinblick auf mehr Transparenz, umfangreichere Konsultationen, eine effektivere Beaufsichtigung sowie mehr Wettbewerb bei der

Vergabe von Spitzenämtern. Schon im Vorfeld des Parteitages gab es Anzeichen, dass dieses Thema den Parteitag sehr beschäftigen würde.

In dem von Hu Jintao vorgetragenen "Politischen Bericht" kam dann – insofern nicht mehr überraschend - das Thema „Demokratie“ gleich mehrfach vor. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, so Hu, müssten von politischen Reformen begleitet werden. Er beschwor den Aufbau einer „sozialistischen Demokratie“. Zu diesem Zweck müssten die Möglichkeiten zur Partizipation weiter ausgebaut werden, allerdings in geordneter Form. Er stellte ferner "umfangreichere demokratische Rechte" in Aussicht und kündigte den Ausbau des Rechtsstaates an. In seiner Rede ging er auch auf institutionelle Veränderungen ein. So soll das Politbüro künftig regelmäßig dem ZK Rechenschaft über seine Arbeit ablegen. Ähnliche Aufsichtsmechanismen sollen auch auf der lokalen Ebene stärker implementiert werden. Schließlich kündigte Hu Jintao auch noch vermehrte Direktwahlen von lokalen Parteiführungen an. Allerdings machte der Generalsekretär auch unmissverständlich klar, dass China kein politisches System nach westlichem Muster anstrebe. Zudem dürften die Reformen nicht die Führung durch die Partei infrage stellen. China werde weiter den eingeschlagenen Weg der „innerparteilichen Demokratie“ gehen. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua verkündete danach stolz, dass Hu das Wort "Demokratie" (minzhu, 民主) mehr als 60 Mal in seiner Rede gebraucht habe.¹⁸ Dies war wohl auch als Botschaft für die vielen ausländischen Beobachter gedacht. Auf der chinesischen Website der Agentur erschien dieser Artikel übrigens nicht.

Demokratisches Auswahlverfahren?

Im Vorfeld des Parteitages wie auch in dessen Verlauf betonten die Medien in China immer wieder die demokratischen Prinzipien, die dabei zur Anwendung gekommen

¹⁶ Josephine Ma: "Left wing lashes out at Three Represents", in: *South China Morning Post*, 22.9.2007, S. A5.

¹⁷ Die Zusammensetzung der Partei lautet derzeit wie folgt: Arbeiter: 10,8%, Bauern und Viehzüchter: 31%, Soldaten: 2,2%, Studenten: 2,6%, Kader, Verwaltungsfachkräfte und technische Spezialisten: 29%, Pensionäre: 18,8%, Sonstige: 5%. Quelle: Xinhua, zit. nach Jane Cai: "Media praises party bid to be more open", in: *South China Morning Post*, 11.10.2007.

¹⁸ "Hu Jintao mentions "democracy" more than 60 times in landmark report", in: *www.xinhua.net*, 15.10.2007.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

seien. Schon bei der Bekanntmachung der Namen der Parteitage delegierten wurde die "demokratische" Auswahl der Mitglieder gleich mehrfach hervorgehoben. Sie spiegeln sich insbesondere in dem hohen Anteil von Frauen, von jungen Delegierten, aber auch von Angehörigen der ethnischen Minderheiten wider.¹⁹ Darüber hinaus, so die Medien weiter, sei das Auswahlverfahren wesentlich kompetitiver als in der Vergangenheit gewesen. Beispielsweise seien von den Parteikomitees 15% mehr Kandidaten nominiert worden als Plätze zur Verfügung standen.²⁰ Erstmals wurde von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua auch eine vollständige Liste mit den Namen aller 2.217 Delegierten veröffentlicht. Gleichwohl ändert dies nichts an der Tatsache, dass auch auf diesem Parteitag die Delegierten sich darauf beschränkten, in erster Linie die zuvor getroffenen Entscheidungen abzunicken. Im Vorfeld des Parteitages war weiter spekuliert worden, ob die Parteiführung auch bei der Wahl des ZK Konkurrenzwahlen zulassen würde.²¹ Tatsächlich überstieg die Zahl der Bewerber die der später Gewählten um 8,3 Prozent, was von der Presse als ein weiterer Schritt zu mehr innerparteilicher Demokratie gefeiert wurde.²² Reformen hatten jedoch auf eine Marge von 10 bis 15 Prozent gehofft.²³ Bei den Wahlen zum Politbüro und dessen Ständigem Ausschuss gab es erwartungsgemäß nur eine Einheitsliste.²⁴

¹⁹ "How delegates to 17th CPC National Congress elected?" in: *News of the Communist Party of China Online*, 6.8.2007.

²⁰ Bei der Auswahl für den 16. Parteitag 2002 waren es 10 Prozent gewesen. Das genaue Auswahlverfahren blieb jedoch unklar. Zweifel an dem demokratischen Ablauf sind angebracht. Vgl. Jane Cai: "Delegates not clear on how they came to represent party masses", in: *South China Morning Post*, 16.10.2007, S. A6.

²¹ Ting Shi: "Party paper urges political reform", in: *South China Morning Post*, 12.9.2007, S. A3.

²² Yu Zheng: "New CPC central committee elected", in: *Xinhua Online*, 21.10.2007.

²³ Ng Tze-wei: "Candidate cull still short of expectations for political reform", in: *South China Morning Post*, 22.10.2007, S. A6.

²⁴ Wu Zhong,: "Balancing act at the party congress", in: *Asia Times online*, 5.9.2007; Johnny Erling: "Keine Experimente in China", in: *Welt Online*, 22.10.2007.

Die Kehrseiten des wirtschaftlichen Aufstiegs

China steht wirtschaftspolitisch an einem Wendepunkt. In der Vergangenheit war die Politik einseitig auf Wachstum ausgerichtet. Diesem Ziel wurde alles untergeordnet. Die Regierung hielt die Strom- und Wasserpreise künstlich niedrig, subventionierte Kohle und Öl, um auf diese Weise Produktion und Transport zu verbilligen, stellte günstige Kredite für die Staatsunternehmen zur Verfügung und erteilte Exportunternehmen großzügige Steuervergünstigungen. Umweltschutzaufgaben wurden dagegen kaum oder gar nicht Beachtung geschenkt. Ein Grund für diese kompromisslose Wirtschaftspolitik stellt der Druck auf dem Arbeitsmarkt aufgrund des demographischen Wandels dar. Sinkt jedoch inzwischen die Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt strömenden Menschen - von 17,5 Millionen in 2006 auf geschätzte 6,3 Millionen in 2010. Erstmals geht auch die Arbeitslosigkeit zurück. Im Jahr 2003 stellten chinesische Ökonomen sogar einen Fachkräftemangel in den prosperierenden Küstenprovinzen fest. Als Folge davon steigen die Löhne, im Niedriglohnbereich zurzeit sogar um 30 Prozent.²⁵

Trotz höherer Einkommen wächst die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Viele Menschen sind auch weiterhin ohne Beschäftigung oder unterbeschäftigt. Sie fühlen sich zusehends diskriminiert. Sie kennen die Lobpreisung des Arbeiters in der kommunistischen Rhetorik und sehen den Luxus der neuen chinesischen Oberklasse. Heute verfügen 20 Prozent der Bevölkerung über 80 Prozent der Einkommen - das ist die schwer verständliche und von vielen schwer zu ertragende Realität in einem Land, das sich einmal dem Ideal der Gleichheit verschrieben hatte. 40 Millionen Bauern verloren allein in den letzten zehn Jahren ihr Land durch eine unkontrollierte Urbanisierung und Industrialisierung.²⁶ 150 Millionen Wanderarbeiter, auf deren niedrigen Löhnen zu einem Großteil der hohe

²⁵ Georg Blume: "Vorwärts und nie vergessen", in: *Die Zeit*, (18.10.2007), S. 25f.

²⁶ Günter Schucher: "Harmonie ist Pflicht. China vor dem 17. Parteitag", in: *GIGA Focus Asien* (10/2007), S. 2.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

Lebensstandard der Ostküste beruht, profitieren nur wenig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Situation der Landbevölkerung ist oftmals noch desolater.

Um den steigenden Wert ihrer Arbeitskraft wissend, zunehmend besser ausgebildet und durch mobile Kommunikation gut vernetzt, beginnen Teile der Bevölkerung aufzubegehren. Sie kritisieren die unwürdigen Arbeitsbedingungen in Bergwerken, Fabriken und Manufakturen, die unangemessenen Entschädigungen für enteignete Bauern sowie die hohen Kosten, die für die medizinische Versorgung und die Erziehung aufzuwenden sind.²⁷ Entgegen anderer Verlautbarungen der Regierung nimmt die Zahl größerer offener Protestaktionen, die so genannten "Massenvorfälle", in den letzten Jahren kontinuierlich zu. Nach Angaben der Hongkonger Presse sollen es allein im Jahr 2006 112.655 gewesen sein.²⁸

Allmählich wird deutlich, welchen Preis China für das rücksichtslose Wachstum in der Vergangenheit zu zahlen hat: 80 Prozent der chinesischen Flüsse sind heute tote Gewässer. Laut Angaben der WHO sterben jährlich 400.000 Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung und verunreinigtem Trinkwasser.²⁹ Zunehmend wird die Umweltzerstörung für viele Menschen Existenz bedrohend. Sie trifft insbesondere die arme Bevölkerung und verschärft auf diese Weise die Ungleichheit.

Eine harmonische Gesellschaft?

Die Führung unter Hu Jintao hat diesen Trend erkannt und sich seit ihrem Amtsantritt vor 5 Jahren bemüht, den Akzent ihrer Politik stärker auf eine Politik des sozialen Ausgleichs zu legen. Bauern wurden steuerlich entlastet, der Aufbau sozialer Sicherungssysteme vorangetrieben und der Wildwuchs der so genannten "Sonderwirt-

schaftszonen" gestoppt. Die bestehenden Entwicklungsprogramme für Westchina wurden um entsprechende Programme für Zentral- und Nordostchina ergänzt. Fortan soll nach den Vorstellungen der Partei der Mensch im Mittelpunkt stehen.³⁰ Der theoretische Unterbau dieser (vereinzelt auch als chinesischer "New Deal" bezeichneten)³¹ Politik ist das Konzept der "Wissenschaftlichen Entwicklung" (kexue fazhan guan, 科学发展观). Gemeint ist damit, dass die Phase der Entwicklung um jeden Preis beendet und stattdessen eine nachhaltige Entwicklung angestrebt wird. Zudem soll durch soziale Ausgleichsmechanismen der gesellschaftliche Wohlstand gerechter verteilt werden. Endziel ist die Schaffung einer "Harmonischen Gesellschaft" (hexie shehui, 和谐社会).³²

Bereits auf den Sitzungen des Nationalen Volkskongresses seit dem Jahr 2005 sowie bei der Verabschiedung des elften Fünfjahresplans im Jahr 2006 wurde das Konzept der "Wissenschaftlichen Entwicklung" ein um das andere Mal als programmatische Leitlinie der Politik betont.³³ Es war deshalb abzusehen, dass dieses Thema den Parteitag erneut beschäftigen würde. Danach behält das Wirtschaftswachstum auch weiterhin eine hohe Priorität verbunden mit dem bereits auf dem letzten Parteitag im Jahr 2002 vorgegebenen Ziel einer "Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands", das im Jahr 2020 erreicht werden soll.³⁴ Gleichwohl sollen jedoch signifikant die Anstrengungen im Umweltschutz intensiviert und der Ressourcenverbrauch gesenkt werden bei gleichzeitiger Erhöhung des An-

³⁰ "Yi ren wei ben", "Der Mensch als Basis" lautet die von der Partei häufig verwendete Formel.

³¹ Cheng Li: "Hu's New Deal and the New Provincial Chiefs", in: *China Leadership Monitor* 10 (2004).

³² Dies umfasst ein harmonisches Verhältnis zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, verschiedenen Regionen, zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Mensch und Natur sowie auch zwischen innenpolitischen Entwicklung und der internationalen Öffnung des Landes.

³³ Vgl. hierzu auch den Politischen Kurzbericht des KAS-Länderbüros von Thilo Diefenbach: "Ergebnisse der fünften Tagung des 10. Nationalen Volkskongresses", Peking 19.3.2007.

³⁴ Englische Übersetzungen lauten für gewöhnlich "moderately prosperous society" oder "well-off society". (Chinesisch: xiaokang shehui, 小康社会).

²⁷ Joseph Fewsmith: "Assesing social stability on the eve of the 17th Party Congress", in: *China Leadership Monitor* 20 (4/2007), S. 8.

²⁸ Günter Schucher: "Harmonie ist Pflicht. China vor dem 17. Parteitag", in *GIGA Focus Asien* 10/2007, S. 2.

²⁹ World Health Organization China: "China: Health, Poverty and Economic Development", November 2006, S. 12.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

teils an erneuerbaren Energien.³⁵ Vor Delegierten der Provinz Jiangsu brachte Hu Jintao während des Parteitages diese Politik noch einmal auf den Punkt: "Wir können nicht länger das Wirtschaftswachstum durch steigende Investitionen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und die exzessive Okkupierung von Ackerland vorantreiben. Der alte Weg kann nicht länger beschritten werden." Er appellierte dabei insbesondere an die Verantwortung der wohlhabenden Provinzen, diesen Politikwechsel tatkräftig zu unterstützen.³⁶

Bereits im September hatte das Politbüro einen Entwurf für eine Änderung des Parteistatuts vorgelegt, um offiziell das Konzept der "Wissenschaftlichen Entwicklung" darin zu verankern.³⁷ Dieser Schritt wurde dann auch durch den Parteitag vollzogen. Das Konzept steht damit in einer Reihe mit Deng Xiaping's "Sozialismus mit chinesischen Charakteristika" und Jiang Zeming's Theorie der "Drei Vertretungen".³⁸ Weitere Änderungen, die ebenfalls vom Parteitag angenommen wurden, zielen auf eine Stärkung der Privatwirtschaft und eine Fortsetzung der wirtschaftspolitischen Reformen ab.³⁹

"Shanghai Clique", "Tuanpai" und die "Prinzlinge"

In einem politischen System, in dem – wie in China – Mechanismen der informellen Machtausübung zu den Grundmerkmalen der Politik gehören, beruht politische Macht in hohem Maße auf der Loyalität persönlicher Protegés. Schon seit längerem hatte

Hu Jintao konsequent Gefolgsleute in wichtige Schlüsselpositionen gebracht. Teil seiner Machtbasis ist dabei ein Netzwerk von Nachwuchspolitikern (auch "Tuanpai" genannt), die aus dem Kommunistischen Jugendverband (KJV), dessen Vorsitz Hu zeitweise in den 80er Jahren innegehabt hat, hervorgegangen sind. Führenden Mitgliedern des KJV wird ein für chinesische Verhältnisse neuartiges Verständnis von politischer Kommunikation nachgesagt. Ihre Bemühungen nach Unterstützung durch die Bevölkerung gehen einher mit einer Betonung sozialer Belange.⁴⁰

Aber auch die Protegés von Hu's Vorgänger Jiang Zemin verfügen nach wie vor über ein ausgedehntes Netzwerk, im Volksmund "Shanghai Clique" genannt. Gemeinhin wird dieses mit einer Politik des kompromisslosen Wirtschaftswachstums in Verbindung gebracht.⁴¹ Bekannt ist, dass Hu Jintao im bisherigen Politbüro von einigen Angehörigen dieser Gruppe umgeben war, die bis heute nicht nur Schlüsselpositionen in Peking, sondern auch in wichtigen Provinzen des Landes besetzt halten.

Im Vorfeld des Parteitages verstärkte Hu Jintao noch einmal die Anstrengungen, den Einfluss der "Shanghai Clique" zurückzudrängen. Einer von ihm angeordneten Kampagne gegen die exzessive Korruption fielen in der Folge mehrere hochrangige Kader zum Opfer. Einerseits sollte damit Entschlossenheit im Kampf gegen dieses Grundübel der chinesischen Politik demonstriert werden, andererseits, so die übereinstimmende Meinung der Beobachter, war es aber auch eine willkommene Gelegenheit, einige Mitglieder der „Shanghai Clique“ auf diese Weise aus ihren Ämtern zu drängen.⁴² Prominentestes Opfer war dabei Chen Liangyu. Der ehemalige Shanghaier Parteisekretär und Mitglied des

³⁵ Le Tian: "Hu: Well-off society is top goal", in: *China Daily*, 16.10.2007, S. 1.

³⁶ Übersetzt aus dem Englischen: "[We] can't drive the economic growth by increasing investment, consuming natural resources or excessively occupying farm land. [We] can't take the old path again." Vgl. Zhang Pinghui: "President warns rich provinces to think green", in: *South China Morning Post*, 17.10.2007, S. A7.

³⁷ "Party Constitution to be amended", in: *China Daily*, 18.9.2007, S1; Ting Shi: "Party charter set to include Hu's theories", in: *South China Morning Post*, 18.9.2007, S. A6.

³⁸ Ting Shi: "Hu up with party greets after it adopts his "scientific theory", in: *South China Morning Post*, 22.10.2007, S. A4.

³⁹ Cheng Yunhie: "CPC amends Constitution to foster private sector", in: Xinhua Online, 21.10.2007.

⁴⁰ Cheng Li: "Hu's Policy Shift and the Tuanpai's Coming-of-Age", in: *China Leadership Monitor* 15 (3/2005), S. 8f.

⁴¹ Sechs der neun Mitglieder des ständigen Ausschusses wurden von Beobachtern tendenziell eher loyal zu Jiang als zu Hu bewertet. Vgl. "Ex-Shanghai party boss to be prosecuted", in: *South China Morning Post*, 27.7.2007, A6.

⁴² "China Replaces Key Ministers", in: *New York Times*, 31.8.2007.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

Politbüros galt als ein enger Vertrauter von Jiang Zeming. Im September 2006 wurde er in einem Aufsehen erregenden Verfahren seines Amtes enthoben, im Juli 2007 aus der Partei ausgeschlossen.⁴³ Einen Monat zuvor war bereits Huang Ju, Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros und ebenfalls Mitglied der "Shanghai Clique", nach langem Krebsleiden gestorben.⁴⁴ Auf diese Weise wurden zwei Sitze im höchsten Führungsgremium der Partei frei.

Weitere wichtige Personalwechsel fanden rund sechs Wochen vor dem Parteitag, statt. Bei einer Umbildung der Regierung kam es zu einer Ernennung von gleich fünf neuen Ministern. Die meisten dieser Neubesetzungen erfolgten aus Altersgründen. Eine Überraschung war jedoch der Rücktritt von Finanzminister Jin Renqing, der von manchen Beobachtern sogar als künftiges Mitglied des Politbüros gehandelt worden war. Schließlich konnte Hu einen Monat vor dem Parteitag noch einen seiner engsten Vertrauten, nämlich Ling Jihua, in eine Schlüsselposition hieven. Ling hatte fast 20 Jahre im Kommunistischen Jugendverband gearbeitet und war dabei unter anderem auch persönlicher Sekretär von Hu Jintao gewesen. Er übernahm die Leitung des Büros des Zentralkomitees, das für sämtliche administrativen Angelegenheiten des Politbüros verantwortlich ist. Sein Vorgänger Wang Gang galt als Mitglied der Shanghai – Faktion.⁴⁵ Die zahlreichen Personalwechsel im Vorfeld des Parteitages wurden von den Beobachtern einheitlich als Konsolidierung der Macht des Parteivorsitzenden gewertet.

Um die Kommunistische Partei straff und effizient führen zu können, reicht eine Hausmacht, die sich allein auf eine Gruppe wie die Jugendliga gründet, nicht aus, zumal Mitgliedern der "Tuanpai" nachsagt wird, sie verfügten bisweilen nicht über ausreichenden wirtschaftspolitischen Sach-

verstand.⁴⁶ Der Generalsekretär muss deshalb um eine breitere Unterstützung bemüht sein. Hu hat es in der Vergangenheit geschickt verstanden, die einzelnen Faktionen innerhalb seiner Partei zur Kooperation anzuhalten.⁴⁷ So ist er z.B. in zentralen wirtschaftspolitischen Fragen auf Angehörige der „Shanghai-Clique“ zugegangen. Ebenfalls gelang es ihm gelang, sich mit einer anderen Gruppe, den so genannten "Prinzlingen" zu arrangieren. So werden im Allgemeinen die Kinder von "Veteranen der Revolution" bzw. von hochrangigen Funktionären genannt. Sie haben zumeist eine gute Ausbildung an Eliteschulen genossen und sind schon aufgrund ihres familiären Hintergrundes mit den Regeln der Politik sehr vertraut. Allerdings sind sie in der Bevölkerung nicht sehr populär.⁴⁸ Während der bisherigen Amtszeit von Hu Jintao ist eine signifikante Zahl dieser "Prinzlinge" in Führungspositionen in Partei, Regierung und Militär gelangt.⁴⁹

Die Nachfolgefrage und die "Fünfte Führungsgeneration"

Erwartungsgemäß konnte Hu Jintao auf dem Parteitag seine Macht festigen. Die Zusammensetzung des neuen Ständigen Ausschusses des Politbüros spiegelt einerseits Hu's Versuch wieder, die Interessengruppen in der Partei auszubalancieren, andererseits zeigt sie aber auch die Grenzen seiner politischen Durchsetzungsfähigkeit auf. Seine eigene Wiederwahl sowie die von Ministerpräsident Wen Jiabao war von Anfang an unumstritten. Mit Jia Qinglin bleibt allerdings ein alter Vertrauter von Jiang Zemin in dem obersten Führungsgremium präsent. Von den vier neuen Mitgliedern ist lediglich Li Keqiang ein ausgewiesener Gefolgsmann von Hu Jintao. Die drei anderen neuen Mitglieder darf man als

⁴⁶ "Bill Savadove: "Shanghai faction still part of the gang", in: *South China Morning Post*, 11.10.2007, S. A12.

⁴⁷ Dies entspricht auch einer langfristigen Tendenz zu verstärkter Kooperation innerhalb der Führung der KPCh. Vgl. Heilmann 2004, S. 45.

⁴⁸ Heilmann 2004, S. 60.

⁴⁹ Willy Lam: "The Fifth Generation of the Chinese Communist Party", in: *China Brief* Vol. 6, Issue 3 (1.2.2006): Wang Xiangwei: "Princeling to be new Shanghai party chief", in: *South China Morning Post*, 24.9.2007, S. A8

⁴³ "Ex-Shanghai party boss to be prosecuted", in: *South China Morning Post*, 27.7.2007.

⁴⁴ Wu Zhong: "A death of passing political importance", in: *Asia Times Online*, 15.8.2007.

⁴⁵ Cheng Li: "Hu aide secures key post ahead of congress", in: *South China Morning Post*, 20.9.2007.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

Kompromisskandidaten bezeichnen, deren Wahl insbesondere vom stellvertretenden Staatspräsidenten Zeng Qinghong betrieben wurde.⁵⁰ Die Zukunft von Zeng war im Vorfeld des Parteitages wiederholt Gesprächsstoff. Die bisherige Nummer Fünf in der Parteihierarchie gilt als führender Vertreter der Shanghai-Fraktion, hatte sich jedoch schon lange mit Hu Jintao arrangiert. Zeng ist nun nicht mehr im Politbüro vertreten. Doch offensichtlich hatte er seinen Rücktritt an Bedingungen geknüpft. So gelten zwei der neuen Mitglieder des Ständigen Ausschusses, He Guoqiang und Zhou Yongkang, als Protegés Zengs.

Als möglicher Nachfolger von Hu Jintao - wahrscheinlich 2012 nach Vollendung seiner zweiten Amtszeit - war schon seit längerem Li Keqiang, der Parteisekretär der Provinz Liaoning, gehandelt worden. Nun hat er mit Xi Jinping, Parteisekretär in Shanghai, einen Konkurrenten bekommen. Xi ist der Sohn eines einflussreichen Revolutionärs und gehört damit zur Gruppe der "Prinzlinge". Erst im März dieses Jahres war er als Nachfolger des wegen Korruption angeklagten Chen Liangyu in sein jetziges Amt berufen worden.⁵¹ Er ist es nun, dem die größten Chancen im Hinblick auf die Nachfolge Hu Jintaos zugebilligt werden. Doch ist das Rennen noch keineswegs entschieden. Auch Li Keqiang gilt weiterhin als aussichtsreicher Kandidat. In den kommenden fünf Jahren wird sich deshalb zeigen müssen, wer von den beiden Kronprinzen der politisch Erfolgreichere ist und schließlich das Rennen macht. Aufgrund ihres Alters, beide sind Anfang 50, sind Xi und Li die einzigen im obersten Führungsgremium, die für eine Nachfolge Hu Jintaos in Frage kommen. Möglich wäre z.B., dass Xi als künftiger Generalsekretär der Partei und Li Keqiang als Nachfolger von Ministerpräsident Wen Jiabao aufgebaut wird.

Insgesamt wurde die Führung kräftig verjüngt. Im ZK, wo zumeist aus Altersgründen 60 Prozent der Sitze neu zu besetzen waren, sind nun 30 Prozent der Mitglieder nach Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 geboren. Im Politbüro gehören sechs Mitglieder dieser Altersgruppe an.⁵² Somit tritt allmählich eine neue, die so genannte "Fünfte Generation" an. Es sind diejenigen Nachwuchspolitiker, die allesamt in den 50er Jahren zur Welt kamen. Sie werden auch als "Verlorene Generation" bezeichnet, weil sie in den Wirren der Kulturrevolution groß geworden sind und häufig keine Chance hatten, eine Schul- oder Universitätsausbildung zu absolvieren. Etliche sind in ihrer Jugend auf das Land geschickt worden, um dort die Bauern bei ihrer harten Arbeit zu unterstützen. Diese Führungsgeneration unterscheidet sich grundlegend von den vorangegangenen. Dies betrifft einmal ihre prägenden Erfahrungen, ihren Bildungshintergrund, ihre politische Sozialisation, aber auch ihre internationalen Kontakte und Weltansichten. Die "Fünfte Generation" dürfte in den kommenden Jahren zunehmend an Einfluss gewinnen, wenn es darum geht, den Weg zu bestimmen, den die Volksrepublik in den nächsten Jahren einschlagen möchte. Ab dem nächsten Parteitag 2012 dürfte diese Generation dann endgültig die Führung des Landes übernehmen.⁵³

Ausblick

In den USA verlieren Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit oftmals an Einfluss und Durchsetzungskraft, sie werden zu den sprichwörtlichen "lame ducks". In China ist die zweite Amtsperiode dagegen häufig diejenige, in der ein Präsident bzw. Generalsekretär den Zenit seiner Machtfülle erreicht. Bei Hu Jintao ist dies nicht anders. Durch die Beschlüsse des jüngsten Parteitages, insbesondere aber auch durch die Personalrochaden konnte er seine Position festigen. Hu ist nun in der komfortablen

⁵⁰ Joseph Kahn: "New Leadership team in china bolsters Hu", in: *International Herald Tribune Online*, 22.10.2007.

⁵¹ Wang Xiangwei: "Princeling to be new Shanghai party chief", in: *South China Morning Post*, 24.3.2007, S. A4.

⁵² Shi Jiangtao: "Wave of younger future leaders emerges on new committee", in: *South China Morning Post*, 22.10.2007, S. A5.

⁵³ Cheng Li: "Anticipating Chinese Leadership Changes at the 17th Party Congress", in: *China Brief* Vol. 7, Issue 6 (21.3.2007)

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

Lage, sein Programm der "Harmonischen Gesellschaft" mit absoluter Rückendeckung durch die Partei fortzusetzen. Dies bedeutet – wie eingangs dargelegt – eine weiterforcierte Entwicklung des ländlichen Raumes, den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, aber auch Kampf gegen die grassierende Umweltzerstörung. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies nicht nur Rhetorik und Propaganda, sondern politische Überzeugung der gegenwärtigen chinesischen Führung ist. Viel wird jedoch darauf ankommen, ob es ihr gelingt, diese Politik auch erfolgreich umzusetzen. Wie soll z. B. die prekäre Lage, in der sich Bauern und Wanderarbeiter befinden, verbessert werden, ohne dabei den Lebensstandard der reichen Küstenregionen in Frage zu stellen, der wiederum zu einem großen Teil auf deren niedrigen Löhnen und Einkommen basiert? Wie können des Weiteren bessere Umwelt- und Sozialstandards implementiert werden, wenn das hohe Tempo des Wirtschaftswachstums nicht gedrosselt und in sozial verträglichere Bahnen gelenkt wird? Wie kann die Finanzierung des Gesundheits- und Rentensystems sichergestellt werden angesichts einer Bevölkerung, die immer schneller altert? Und schließlich, wie kann die soziale Stabilität gewährleistet werden, wenn es keine unabhängige Justiz gibt?

Dies sind einige von einer ganzen Reihe offener Fragen. Viel wird davon abhängen, ob es Hu gelingt, die Provinzen – hier insbesondere die in den reichen und mächtigen Küstenregionen - auf seinen Kurs einzuschwören. Peking kann zwar die Richtlinien der Politik vorgeben, ist aber auf etlichen Gebieten auf die Kooperation der Provinzregierungen angewiesen. Denn diese besitzen beträchtliche finanzielle, personelle und materielle Ressourcen.⁵⁴ Ähnliche, wenn auch anders gelagerte Schwierigkeiten tun sich im Hinblick auf die Verfolgung des Ziels der nachhaltigen Entwicklung auf. So obliegt z.B. die Überwachung der Umweltschutzgesetze den lokalen Behörden,

⁵⁴ Wang Xiangwei: "Beijing must rein in local authorities", in: *South China Morning Post*, 16.7.2007; Günter Schucher, et al.: "Die chinesische Führung bekräftigt ihren Kurs", in: *GIGA Focus Asien*, 4/2007, S. 6.

die wiederum nur allzu oft mit der Industriepaktieren. Sämtliche relevanten Akteure von der Notwendigkeit des Politikwechsels zu überzeugen und ein nationales Solidariätsbewusstsein zu schaffen, wird eine der Schlüsselaufgaben der neuen Führung sein.

Eng mit diesem Punkt verknüpft ist die Demokratiedebatte. Über eine Ausweitung der Dorfwahlen, über mehr Information und Transparenz (E-Government) sowie über den Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten und von innerparteilicher Demokratie möchte man hier weiterkommen.⁵⁵ Dies bedeutet jedoch nicht, wie Hu Jintao in seiner Parteitagrede klar gemacht hat, dass China sich in Richtung einer westlichen Demokratie bewegt. Das viel kritisierte leninistische Kadernsystem ist auch heute noch der entscheidende Hebel, mit dem die Parteiführung die Regierungsfähigkeit der Zentrale sicherstellt. Eine Trennung von Partei und Staat würde nach Auffassung der KPCh mit einem Kontrollverlust einhergehen.⁵⁶ Politische Reformen sind vor diesem Hintergrund immer nur in einem engen Rahmen möglich. So wird sich aller Voraussicht nach am Alleinvertretungsanspruch der Kommunistischen Partei auch in den nächsten fünf Jahren nichts ändern.

Dies gilt ebenso für die Pressezensur. Die chinesische Führung hat hier in der Vergangenheit eine Doppelstrategie verfolgt.⁵⁷ Auf der einen Seite werden soziale und ökologische Probleme heute von den Medien viel offener angesprochen als noch vor Jahren. Gleichzeitig wird jede Öffentlichkeit, nicht nur die der staatlichen Medien, streng kontrolliert, wie am Beispiel der rigiden Internetzensur ablesbar. Dies wiederum hat Konsequenzen für die Bekämpfung der Korruption. Sie ist eine der Schlüsselaufgaben für die nächsten fünf Jahre. Hier ist mehr als fraglich, ob eine solche ohne eine kritische Öffentlichkeit, ohne unabhängige Medien überhaupt her-

⁵⁵ Günter Schucher: "Harmonie ist Pflicht. China vor dem 17. Parteitag", in: *GIGA Focus Asien* (10/2007), S. 5.

⁵⁶ Heilmann 2004, S. 56.

⁵⁷ Günter Schucher: "Harmonie ist Pflicht. China vor dem 17. Parteitag", in: *GIGA Focus Asien* (10/2007), S. 1.

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

stellbar ist. Bisherige Kampagnen zur Korruptionsbekämpfung haben nur bescheidene Erfolge gezeitigt.⁵⁸

Chinas gesellschaftlicher Wandel und auch der der Kommunistischen Partei werden weitergehen. Der 17. Parteitag hat in seinen Demokratiedebatten sowie in seinen sozial- und umweltpolitischen Überlegungen all die Ambivalenzen, die diesen Wandel auszeichnen, aufgezeigt. Es ist noch völlig offen, wie sich das Land angesichts dieser gewaltigen Herausforderungen in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Auch wenn die Kommunistische Partei die politische und soziale Stabilität zu ihrem obersten Ziel erkoren hat, so ist noch keineswegs ausgemacht, ob ihr dies bei wachsenden Widersprüchen auch gelingen wird. Ihre Herrschaft könnte eventuell fragiler sein als es auf den ersten Blick erscheint.

Annex – Neue Zusammensetzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros

Hu Jintao, 64 (bestätigt)

Geboren 1942 in Jixi County, Anhui Provinz. Studierte an der Qinghua Universität in Peking, wo er zum Wasserbauingenieur ausgebildet wurde. In führenden Positionen in der Provinz Gangsu und in der Autonomen Provinz Tibet sammelte er umfangreiche Erfahrungen in Chinas unterentwickeltem Westen. In den 90er Jahren Präsident der Parteihochschule in Peking. Seit 1992 im Ständigen Ausschuss des Politbüros, seit 2002 Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, seit 2004 auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Seine erste Amtszeit war von dem Bemühen gekennzeichnet, ein ausgewogeneres Wachstum herzustellen und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme weiter voranzutreiben. Er wird voraussichtlich 2012 nicht mehr antreten.

Wu Banguo, 66 (bestätigt)

Sprecher des Nationalen Volkskongresses. Geboren 1941 in Feidong, Anhui Provinz.

Studierte Elektroingenieurwesen an der Pekinger Qinghua Universität. 1991-1994 Parteisekretär in Shanghai, danach verschiedene Posten in der Zentralregierung. Seit 1994 im Politbüro, seit 2002 im Ständigen Ausschuss. 2003 zum Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses gewählt und damit die offizielle Nr. 2 in der Hierarchie der KPCh.

Wen Jiabao, 65 (bestätigt)

Geboren 1942 in Tianjin. Studierte Geologie und Ingenieurwesen in Peking. Überlebte den Sturz seines Mentors Zhao Ziyang, dem eine Unterstützung der Studentenbewegung 1989 vorgeworfen wurde. In den 1980er und 1990er Jahren Leiter des Büros des Zentralkomitees. Seit 2002 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Ministerpräsident. Er unterstützt den Kurs von Hu Jintao und zeigt sich gerne auch mit der einfachen Bevölkerung.

Jia Qinglin, 67 (bestätigt)

Geboren 1940 in Botou, Hebei Provinz. Studierte Ingenieurwesen und gilt als einer der engsten Verbündeten von Jiang Zemin. In den 90er Jahren in leitender Funktion in der Provinz Fujian und auch in Peking tätig. Von 1996-1999 Bürgermeister von Peking. Seit 1999 Mitglied des Politbüros, seit 2002 im Ständigen Ausschuss. Er ist der Koordinator der Taiwanpolitik innerhalb der Parteiführung. Seit 2003 Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz. Dieses Amt wird er weiterführen. In seine Amtszeit in Fujian fällt aber auch einer der größten Korruptionsskandale. Seine Beliebtheit ist deshalb nicht sehr groß.

Li Changchun, 63 (bestätigt)

Geboren in der nordöstlichen Provinz Liaoning. Studierte Elektroingenieurwesen am Harbin Institut for Technology. Vor seiner politischen Karriere arbeitete er in den 1960er und 1970er Jahren als Elektroingenieur. 1987 wurde er zum Provinzgouverneur von Liaoning ernannt. In den 90er Jahren war er Parteisekretär zunächst in Henan, dann in der Provinz Guangdong. Seit 1998 Mitglied des Politbüros, seit 2002

⁵⁸ Heilmann 2004, S. 187f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO CHINA

JOCHEN KLEINING

2. November 2007

www.kas.de

www.kas.de/china

Mitglied des Ständigen Ausschusses. Dort ist er für die Öffentlichkeits- und die ideologische Arbeit zuständig.

Xi Jinping, 53 (neu)

Geboren 1953 in Fuping, Shaanxi Provinz. Sohn eines einflussreichen Revolutionsvetrans. Studierte zunächst chemische Verfahrenstechnik und promovierte danach zum Doktor des Rechts im Rahmen eines Postgraduiertenprogramms an der Eliteuniversität Qinghua. Seit 1993 auf verschiedenen Posten in der Führung der Provinzen Fujian und Zhejiang tätig. Im März 2007 zum Parteisekretär von Shanghai ernannt. Ihm werden große Chancen als Nachfolger von Hu Jintaos eingeräumt.

Li Keqiang, 52 (neu)

Schon länger, nämlich seit einem Jahr wird Li Keqiang als möglicher Nachfolger Hu Jintaos gehandelt. Li ist Absolvent der Eliteuniversität Peking und ehemaliger Parteisekretär des Kommunistischen Jugendverbandes. Er gehört dem "Tuanpai"-Netzwerk an, Hu gilt als sein Mentor. Er hat sehr schnell den Aufstieg innerhalb der Partei geschafft und ist nun das jüngste Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Von 1998 bis 2004 war er Parteisekretär der Provinz Henan. Seit Dezember 2004 ist er Parteichef der nordöstlichen Provinz Liaoning.

He Guoqiang, 63 (neu)

Geboren in Xiangxiang, Hunan Provinz. Seit 2002 Mitglied des Politbüros. Studierte Ingenieurwissenschaften am Beijing Institute of Chemical Engineering. Er diente insgesamt drei Jahre als Parteisekretär in Chongqing, einer boomenden Metropole im Westen des Landes. 2002 zum Vorsitzenden der Organisationsabteilung des Zentralkomitees ernannt.

Zhou Yongkang, 64 (neu)

Geboren in Wuxi, Guangsu Provinz. Studierte Ingenieurwesen am Beijing Petroleum Institute. Arbeitete in den 1960er und 1970er Jahren im Ölsektor, seit 1996 als

Generalmanager der China National Petroleum Corporation. Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros seit 2002, zurzeit Minister für Öffentliche Sicherheit.